Polizeirazzia in São Paulo

YASUYOSHI CHIBA / AFP

BRASILIEN

Rache für den Boss

Mit einer Serie von Polizistenmorden setzt die Mafiaorganisation PCC (Primeiro Comando da Capital) erneut die Regierung des Bundesstaats São Paulo unter Druck. Seit Anfang des Jahres sollen Killer im Auftrag des PCC über 85 Polizisten erschossen haben, die meisten waren zur Tatzeit nicht im Dienst. Die Staatsanwaltschaft glaubt, dass die Gangsterorganisation für den Tod eines ihrer Bosse Vergeltung übe, der im Januar von der berüchtigten Polizeieinheit „Rota“ erschossen wurde. Der Mann soll den Drogenhandel im Industriegürtel von São Paulo kontrolliert haben. Das PCC beherrscht die Gefängnisse des bevölkerungsreichsten Bundesstaats.
Von ihren Zellen aus organisieren die Bandenchefs Banküberfälle, Drogentransporte und Raubzüge; die Mordrate hat sich fast verdoppelt. Ein Ende des Kriegs zwischen Polizei und Brasiliens mächtigster Kriminellenorganisation sei nicht abzusehen, warnt die Verbrechensforscherin Camila Nunes Dias von der Universität São Paulo: Beide Seiten seien von Rachedurst getrieben.

WEISSRUSSLAND

Verrat per Post

Durch eine Tollpatschigkeit hat das polnische Außenministerium Oppositionelle in Weißrussland in Gefahr gebracht. Warschau hatte, wie vergangene Woche bekannt wurde, Steuerbescheinigungen an Gegner des weißrussischen Diktators Alexander Lukaschenko verschickt – leicht erkennbar am polnischen Regierungswappen auf den Briefumschlägen. Die Oppositionellen hatten kleinere Summen aus Polen erhalten, um an einer Konferenz teilnehmen zu können. Zudem hat ein Mitarbeiter des polnischen Außenministeriums im Internet detaillierte Informationen über die Hilfe für die weißrussische Opposition veröffentlicht. Menschenrechtler in Minsk fürchten nun, wegen „Finanzierung durch das Ausland“ angeklagt zu werden. Schon einmal waren Auskünfte polnischer und litauischer Stellen vom Lukaschenko-Regime gegen die Opposition verwendet worden. Minsk hatte in Warschau und Wilna nachgefragt, ob der Menschenrechtler Ales Bjaljazki dort Konten habe. Brav lieferten Polen und Litauer die gewünschten Daten. Auf deren Grundlage verurteilte ein weißrussisches Gericht Bjaljazki im August wegen „Verschleierung von Einkünften“ zu viereinhalb Jahren Lagerhaft.

Lukaschenko

ZUMA PRESS / CORBIS

Anschlagsopfer in Beirut

REUTERS

LIBANON

Angst vor Assad

Ermittler in Beirut fürchten, dass der tödliche Bombenanschlag auf den Chef des Polizeigeheimdienstes am 19. Oktober der Auftakt zu einer Attentatsserie sein könnte, wie sie von 2004 bis 2008 den Libanon erschütterte. Bewiesen sei noch nichts, so ein Sicherheitsexperte, aber Syriens Diktator Baschar al-Assad profitiere am meisten von dem Attentat: „Syriens Regime hat nichts mehr zu verlieren. Ein erneuter Bürgerkrieg im Libanon wäre das Beste, was Assad passieren könnte. Dann lösen sich die Fronten auf, kämpfen nicht mehr Rebellen gegen eine Diktatur in Syrien, sondern Sunniten gegen Schiiten in beiden Ländern.“ Die gleiche Strategie könnte auch den syrischen Granatangriffen auf die Türkei und der Aufrüstung kurdischer Separatisten zugrunde liegen. Sollte sich der innersyrische Kampf zu einem regionalen Flächenbrand ausweiten, in dem sich Ethnien und Glaubensgemeinschaften bekriegen, würde das die syrische Opposition schwächen. Dann könnte das alawitische Regime der Assads sich zumindest im Stammgebiet ihrer Minderheit in den Bergen des syrischen Nordwestens halten. Im Libanon ist es bislang noch nicht gelungen, die Konfessionen gegeneinander aufzuhetzen. Sunniten, Schiiten, Christen und Drusen spendeten Blut für Opfer des Anschlags. Am vergangenen Donnerstag zogen Hunderte durch Beirut, um mit einem „Weißen Marsch“ für den nationalen Zusammenhalt zu demonstrieren.